

[Vorname Name]

[Straße Hausnummer]

[PLZ Ort]

[Name der Krankenkasse]

[Straße Hausnummer oder Postfach]

[PLZ Ort]

Versichertennummer: []

[Ort], [Datum]

Widerspruch gegen Ihren Bescheid vom [Datum], Aktenzeichen []

Antrag auf Kostenerstattung für ambulante Psychotherapie nach § 13 Absatz 3 SGB V

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich Widerspruch gegen Ihren Bescheid vom [Datum], Aktenzeichen [], ein. Mit diesem Bescheid haben Sie meinen Antrag vom [Datum] abgelehnt, die Kosten für eine ambulante Psychotherapie bei Herrn Ümit Seven, M. Sc., Privatpraxis Seven, Prenzlauer Promenade 190, 13189 Berlin, zu übernehmen.

Begründung

- ☐ Ich habe weiterhin keinen Platz bei einer Praxis mit Kassenzulassung gefunden, bei der eine Psychotherapie in zumutbarer Zeit beginnen kann. Mein aktualisiertes Protokoll der Suche liegt bei (Stand [Datum], [Anzahl] Praxen, [Anzahl] Kontaktversuche).
- ☐ Am [Datum / Daten] habe ich mich erneut an die Terminservicestelle 116117 gewandt. Ergebnis: [z. B. kein Angebot / nur ein Erstgespräch / probatorische Sitzungen ohne anschließenden Therapieplatz].
- ☐ Sie haben mir [Name der Praxis / Namen der Praxen] genannt. Ich habe dort am [Datum] angefragt. Ergebnis: [z. B. kein Therapieplatz frei / nur ein Erstgespräch / Beginn frühestens ab [Datum]].
- ☐ Ich hatte Sie in meinem Antrag gebeten, mir eine Praxis mit Kassenzulassung zu nennen, bei der ich zeitnah mit einer Psychotherapie beginnen kann. Eine solche Praxis haben Sie mir nicht genannt.
- ☐ Die Behandlung ist dringend. [Laut PTV 11 vom [Datum] ist eine Behandlung zeitnah erforderlich. / Eine ärztliche Bescheinigung liegt bei.] Eine weitere Wartezeit von [Anzahl] [Wochen / Monaten] ist mir nicht zumutbar.
- ☐ Herr Seven ist approbierter Psychologischer Psychotherapeut mit Fachkunde in Verhaltenstherapie (§ 95c SGB V). Den Nachweis seiner Approbation und Fachkunde hat Herr Seven Ihnen direkt geschickt.
- ☐ Mein Antrag ist bei Ihnen am [Datum] eingegangen. Ihren Bescheid habe ich am [Datum] erhalten. Eine Mitteilung, dass Sie ein Gutachten einholen oder die Frist nicht einhalten können, habe ich [nicht / erst am [Datum]] erhalten. Ich bitte Sie zu prüfen, ob mein Antrag nach § 13 Absatz 3a SGB V als genehmigt gilt.
- ☐ Eine ausführliche Begründung reiche ich bis zum [Datum] nach.

- ☐ Ich beantrage Akteneinsicht nach § 25 SGB X, einschließlich aller Gutachten und Stellungnahmen, zum Beispiel des Medizinischen Dienstes. Bitte schicken Sie mir Kopien dieser Unterlagen.

Ich bitte Sie, Ihren Bescheid aufzuheben und die Kosten für die Psychotherapie bei Herrn Seven zu übernehmen. Da die Behandlung dringend ist, bitte ich um eine zügige Entscheidung. Wenn Sie mir eine Praxis mit Kassenzulassung in zumutbarer Entfernung nennen, bei der ich innerhalb von [4] Wochen mit einer Psychotherapie beginnen kann (nicht nur mit einem Erstgespräch), nehme ich diesen Platz an.

Mit freundlichen Grüßen

[Vorname Name], Unterschrift

Anlagen (Zutreffendes ankreuzen)

- ☐ Kopie des Bescheids vom [Datum]
- ☐ Aktualisiertes Protokoll der Suche
- ☐ Nachweise über Anfragen bei der Terminservicestelle 116117
- ☐ Nachweise über Anfragen bei den von Ihnen genannten Praxen
- ☐ Ärztliche Bescheinigung über die Dringlichkeit
- ☐ [weitere Unterlagen]

Hinweise für Sie (dieser Teil muss nicht mitgeschickt werden)

- **Frist: ein Monat.** Am sichersten ist es, wenn der Widerspruch innerhalb eines Monats nach dem Datum auf dem Bescheid bei der Kasse **eingeht**. Die Begründung können Sie nachreichen. Wichtig ist zuerst die Frist.
- **Form:** unterschriebener Brief, Online-Formular oder App der Kasse mit Anmeldung per Gesundheitskarte, digitaler Identität (GesundheitsID) oder Online-Ausweis, oder persönlich bei der Kasse zu Protokoll. Eine einfache E-Mail reicht nicht. Schicken Sie den Brief mit Eingangsnachweis und behalten Sie eine Kopie.
- **Ausfüllen:** Kreuzen Sie an, was auf Sie zutrifft. Streichen Sie den Rest oder löschen Sie ihn in der Word-Fassung.
- **Gut zu wissen:** Entscheidet die Kasse drei Monate lang nicht über den Widerspruch, ist eine Klage wegen Untätigkeit möglich. In dringenden Fällen können Sie schon vorher beim Sozialgericht einen Eilantrag stellen. Gerichtskosten fallen für Versicherte nicht an, eigene Anwaltskosten aber unter Umständen schon. Lassen Sie sich beraten, zum Beispiel bei einem Sozialverband oder einer Anwältin oder einem Anwalt für Sozialrecht.